

SA-BULLETIN

4/9

Zeitung der Sozialistisch-Grünen Alternative Zug

Dezember 1998





Am Chlausabend in der SGA-Bar qualmt Gauloise-Madeleine dem Samichlaus ins güldne Buch - den Schmutzli scheints zu freuen!



Inhaltsverzeichnis

Spitalabstimmungen «105 Millionen aus dem Bauch heraus»	Seite 4
Spitalabstimmungen Und das Pflegepersonal?	Seite 7
Spitalabstimmungen 2 Schicksalshafte Abstimmungen	Seite 8
Wahlen 98 Abschied von 4 markanten ParlamentarierInnen	Seite 9
Kantonsrat Hartnäckigkeit überzeugt	Seite 10
Vorweihnächtliche SGA- Retraite Von der «vernünftigen und guten Partei»	Seite 12
Filmkritik Krieg um die Knöpfe	Seite 13
Wahlen 98 Majorz wegen Twerenbold??	Seite 14
EV Zug Bewährung nach dem grossen Jubel	Seite 18
Regierungsrat Wende in der Asylpolitik?	Seite 20
Frontal	Seite 22
20 Jahre Finanzplatz Schweiz Arbeit für Demokratie und Menschenrechte	Seite 23

Peter Huber, Josef Lang (Hg.)

SOLIDARITÄT MIT DER SCHWEIZERISCHEN REVOLUTION

Die deutsche «Adressen»-Bewegung 1847/48



CHRONOS

Unser Geschenktip für ruhige Tage

Impressum

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

SGA-Bulletin Nr. 4/98 Dezember 1998; erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Förderverein pro SGA-Bulletin

Adresse: SGA-Bulletin, Postfach 4805, 6304 Zug; Telefon: 71 186 33

Redaktion: Natalie Chiodi, Gisela Hürlimann, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss

Layout: Markus Müller

Belichtung und Druck: ropress Zürich

Auflage: 1200

Abonnements: Fr. 20.-; Mitgliederbeitrag Förderverein: Fr. 100.-

Redaktionsschluss Nr. 1/99: Freitag, 12. März 1999

Erscheinungsdatum: Donnerstag, 25. März 1999

Landschaft unter Druck

Mit gleich zwei gesetzgeberischen Produkten des Deregulierungszeitalters und deren Auswirkungen auf die Landschaft und Landwirtschaft haben wir uns zur Zeit auseinanderzusetzen.

Am 7. Februar 1999 findet die Referendumsabstimmung über die Teilrevision des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes statt. Was ursprünglich dazu hätte dienen sollen, Bauernfamilien ihre Existenz durch die Führung eines hofeigenen landwirtschaftsnahen Nebenerwerbsbetriebes zu sichern, ist im Laufe des 7-jährigen Revisionsverfahrens zu einer weitgehenden Öffnung der Landwirtschaftszone verkommen. Gelingt es nicht, die Wählerschaft am 7. Februar für ein klares NEIN zu dieser Revision zu mobilisieren, sehen wir uns schon bald mit einer Vielzahl von industriellen Tiermastbetrieben und anderen bodenunabhängigen Landwirtschaftsbetrieben in der Landwirtschaftszone konfrontiert. Doch damit nicht genug: Das revidierte Gesetz erlaubt auch landwirtschaftsfremde Gewerbebetriebe in der Landwirtschaftszone, vorausgesetzt, es besteht ein gewisser Zusammenhang mit einem Bauernbetrieb. Ein weiterer grosser Eingriff in bisher der Landwirtschaft vorbehaltenen Zonen erfolgt durch die im grossen Stile zulässige Umnutzung nicht mehr landwirtschaftlich genutzter Gebäude in Ferienhäuser. Es ist offensichtlich, dass diese von den Befürwortern als mass-



voll bezeichnete Gesetzesrevision in Wirklichkeit weit über das Ziel hinausschiesst. Sie führt zu einer Aufweichung der bis anhin klaren Trennung zwischen Landwirtschafts- und Bauzonen. Die Auswirkungen werden gravierend sein. Die Landschaft wird grossflächig zersiedelt, was allen planerischen Anstrengungen der vergangenen Jahrzehnte zuwiderläuft. Die Bodenpreise für Landwirtschaftsland werden steigen und die Bauern, die noch bodenabhängig produzieren, geraten unter grossen finanziellen Druck. Damit wird die vom Volk immer wieder klar befürwortete Ausrichtung auf eine bodenabhängige und ökologische Landwirtschaft in Frage gestellt. Auch ein Teil des Gewerbes bekämpft die RPG-Revision. Es wird nämlich nach der Revision zwei Arten von Gewerbetreibenden geben. Auf der einen Seite die, die ihren Betrieb in der teuren Gewerbezone anzusiedeln

haben und auf der anderen Seite jene, die durch irgendeinen Link zu einem Bauern bevorzugt in den Genuss von billigem Landwirtschaftsland kommen.

Doch nicht nur die eidgenössischen Parlamentarier setzen der Landwirtschaftszone und somit unserer Landschaft zu. Der Zuger Kantonsrat hat am 26. November 1998 das neue Bau- und Planungsgesetz verabschiedet. Es wurde neu die «Weilerzone» eingeführt, wobei «Weiler» als Gruppe von 5 Gebäuden, wovon mindestens 3 Wohngebäude sein müssen, definiert wird (§ 25 BPG). Diese müssen im Richtplan ausgewiesen werden und dürfen sich «massvoll» entwickeln.

Von rund 100 derartigen Weilern auf Kantonsgebiet war im Kantonsrat die Rede, was heisst, dass uns so viele neue Siedlungsgebiete fern von bestehenden Infrastrukturanlagen drohen! Ob diese neuen Zonen bundesrechtskonform sind, ist mehr als fraglich. Diese weitere und massive Öffnung der Landwirtschaftszone ist gerade vor dem Hintergrund des revidierten Raumplanungsrechtes schlichtweg unverständlich und unverantwortlich.

Umso mehr möchte ich alle Leserinnen und Leser bitten, sich am 7. Februar 1999 mit einem deutlichen NEIN gegen eine weitgehende Öffnung der Landwirtschaftszone zu wehren.

■ *Yvonne Furler, neu gewählte Kantonsrätin Alternative Fraktion/WWF-Kopräsidentin*

«105 Millionen aus dem Bauch heraus»

Manuela Weichelt ist Kantonsrätin der Frischen Brise Steinhausen, 31 Jahre, bis Ende Jahr Leiterin der Zuger Opiatverschreibung (ZOPA). Sie ist diplomierte Krankenschwester IKP und diplomierte Sozialarbeiterin HFS und zurzeit in Ausbildung zum «master of public health». Im Kantonsrat ist sie seit 1994 Mitglied der Kommission für Spitalfragen. Sie hat die Diskussion um die Spitalplanung massgeblich mitgeprägt.

Das Interview führte Martin Stuber am 27. November 1998

Bulletin: Du stehst noch unter dem Eindruck der Kantonsratsdebatte von gestern. Wie fühlst Du Dich?

Manuela Weichelt: Ich bin einmal mehr ernüchtert, wie die überwiegende Mehrheit des Kantonsrates über Projekte mit grosser Tragweite und Kosten von über 100 Millionen im Schnellzugstempo Beschlüsse fasst, ohne gross zu hinterfragen und bei kleinen Projekten stundenlang um 10'000 Franken diskutieren kann. Über die grundsätzliche Frage, ob die Strafanstalt saniert oder abgerissen werden soll, wurde gestern zwei Stunden lang debattiert - dort geht es um einen viel kleineren Betrag (??). Eine grundsätzliche Debatte über die Frage: Spitalneubau oder Sanierung der bestehenden Spitäler fand in diesem Rat nie statt.

Bulletin: Die Abstimmungsergebnisse zeigen, dass die Alternative Fraktion praktisch alleine stand mit ihrem Widerstand gegen den teuren Zentralspital-Express

Manuela Weichelt: Ganz alleine stehen wir nicht da - Ernst Moos, Fraktionschef der FDP, stellte den Antrag auf Rückweisung, damit zuerst je ein Vorprojekt für die Standorte Zug und Baar ausgearbeitet würde. Damit hätten wir endlich den von uns schon lange geforderten Betriebs- und Investitionskostenvergleich gehabt.

Bei unseren Anträgen auf öffentlich-rechtliche Anstalt anstelle einer privatrechtlichen Aktiengesellschaft und Personalschutz durch Gesamtarbeitsvertrag (GAV) wurden wir von einem Teil der SP unterstützt. Unsinn-



«Seit 1991 wurden in das Kantons-
spital über 37 Mio Franken investiert.»

Bild Martin Stuber

nigerweise war der Kantonsrat bei dieser wichtigen, zukunftsweisenden Spitaldebatte bereits sehr reduziert.

Bulletin: Tatsächlich, gemäss Abstimmungsergebnissen waren nur noch 55 von 80 KantonsrätInnen anwesend - weshalb eigentlich?

Manuela Weichelt: Mit dem Traktandum Zentralspital wurde erst 20 Minuten vor dem geplanten Sitzungsende begonnen. Ein Ordnungsantrag der Alternativen Fraktion (AF) auf Abbruch der Sitzung zwecks Neutraktandierung wurde abgelehnt - die SP-Kantonsratspräsidentin und zukünftige Sanitätsdirektorin Monika Hutter stellte einen Gegenantrag auf Verlängerung der Sitzung. Damit trägt sie die Mitverantwortung für die schwache Präsenz beim wichtigsten und teuersten Geschäft dieser Legis-

laturperiode. So waren z.B. von der SP-Fraktion lediglich noch 3 von 10 KantonsrätInnen anwesend.

Bulletin: Gab es denn einen objektiven Zeitdruck für die Behandlung dieses Traktandums?

Manuela Weichelt: Nein, im Gegenteil, die zweite Lesung wurde ja sogar noch um einen Monat verschoben, damit die Volksmeinung der Abstimmungen über das Gesetz zum Kantons-
spital und das Spitalgesetz vom 7. Februar 1999 einfließen kann.

Bulletin: Als Begründung für das Zentralspital in Baar wurde von allen zustimmenden Fraktionen vor allem das Kostenargument bemüht. Die FDP sprach von einer jährlichen Einsparung von «5 bis 10 Mio Franken für die Prämienzahler». Wie sehen die tatsächlichen Zahlen aus?

Manuela Weichelt: Das ist eine gute Frage, auf die wir auch gerne eine Antwort hätten... Die 5 bis 10 Mio Franken sind lediglich eine Annahme, denn es ist nicht bekannt, was ein fusionierter Betrieb Kantonsspital Zug und Baar kosten würde. Die Fusion konnte aus rechtlichen Gründen nicht vollständig durchgeführt werden (z.B. Zusammenlegung der Gynäkologie und Geburtshilfe). Auch wurden die Investitionskosten für ein Zentralspital am Standort Kantonsspital Zug nie seriös berechnet. Und ob wir ein Planungsteam finden, das uns für 105 Mio ein langfristig funktionstüchtiges Zentralspital bauen kann, ohne Konkurs zu gehen, steht auch in den Sternen.

SPITALABSTIMMUNGEN

Aus volkswirtschaftlicher Sicht bezweifle ich Einsparungen im privaten Haushaltsbudget:

- Stellenabbau führt in der heutigen Wirtschaftssituation zu höherer Arbeitslosigkeit, mit entsprechenden Kosten für die SteuerzahlerInnen.

- Mit dem neuen Spitalgesetz möchte der Kantonsrat weg von der Defizitgarantie hin zur leistungsorientierten Abgeltung. Was dann passieren wird, zeigt die Entwicklung in den U.S.A.. Dort ging zwar die durchschnittliche Aufenthaltsdauer zurück, die Anzahl der Eingriffe hingegen stieg deutlich an. Mit einer leistungsorientierten Abgeltungspauschale werden die Kosten nicht gesenkt, sondern es besteht sogar die Gefahr einer Kostensteigerung.

- Baukosten von 105 Mio führen zu einer Mehrbelastung des jährlichen Betriebsaufwandes von über 5 Mio (bei einem sehr vorsichtigen Abschreibungssatz von 5 %). Damit müssten mindestens 66 Stellen à Fr. 80'000 gestrichen werden.

Fairerweise muss gesagt werden, dass die notwendige Sanierung des Kantonsspitals gemäss «Lead Consultants» ca. 55 Mio. kostet.

Bulletin: Moment - heisst das, ein Zentralspital Zug kostet 50 Mio weniger als in Baar?

Manuela Weichelt: Nach ersten vorsichtigen Berechnungen: Ja! Eine völlig sichere Antwort ist aber nicht möglich, da die Mehrheit des Kantonsrates die Ausarbeitung eines Vorprojektes Zentralspital Zug ablehnt.

In Baar müsste das Spital zuerst abgerissen werden, in Zug kann der moderne Behandlungstrakt weiterhin gebraucht werden. Zudem wurden seit 1991 in das Kantonsspital über 37 Mio Franken investiert: neue Energiezentrale, Seewasserkühlung, Parkhaus, Magnetresonanztomograph, Computertomograph, Klima- und Lüftungssystem, Bettenprovisorium, Telefonzentrale.



«Die SteuerzahlerInnen zahlen zwar, haben aber nichts mehr zu sagen.»

Bild Martin Stuber

Bulletin: Von diesen brisanten Zahlen ist in den Zuger Lokalmedien bisher nichts zu lesen gewesen. In der Zuger Presse erfahren die LeserInnen bei der Berichterstattung über die gestrige Kantonsratssitzung nicht einmal, dass es sich hier um ein 105-Millionen-Projekt handelt, von den Argumenten der Alternativen erfährt die LeserInnenschaft rein gar nichts...

Manuela Weichelt: Ja, die Sanitätsdirektion hat wohl wenig Interesse dar-

an, diese Zahlen zu veröffentlichen. Und an der letzten Kantonsratssitzung war aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit die Presse nicht mehr vollständig anwesend.

Bulletin: Wenn ich das Gesagte zusammenfasse, heisst das also folgendes: Obwohl keine seriöse Berechnung vorliegt, ob bei gesamtheitlicher Betrachtungsweise ein Zentralspital tatsächlich weniger kostet als zwei fu-

sionierte, sanierte und gemeinsam betriebene Spitäler Baar und Zug, ist der Bau eines Zentralspitals beschlossene Sache. Und obwohl beim Standort dieses Zentralspitals ebenfalls keine seriöse Vergleichsunterlagen für beide Varianten vorliegen, ist der Standort Baar gegeben.

Manuela Weichelt: Ja, das stimmt. Entscheide aufgrund von Fakten können beim heutigen Wissensstand gar nicht gefällt werden. Auch der Kantonsrat hat deshalb gestern aus dem Bauch heraus entscheiden müssen. Da wirkt die folgende Aussage des abtretenden Präsidenten der Spitalkommission im Kantonsrat, Willy Bernet, schon fast realistisch: «Wir hatten keine Möglichkeit, das Volk zu beeinflussen; weil ausschliesslich aus dem Bauch heraus argumentiert wurde, hatten Sachargumente keine Chance. Wir möchten einen zweiten Abstimmungskampf dieser Art verhindern und sind der Überzeugung, dass wir über die Spitalplanung in diesem Parlament sachlicher diskutieren können, als dies in der Öffentlichkeit möglich ist.»

Bulletin: Es sind ja nicht nur Bauentscheide gefallen, sondern auch wichtige organisatorische und rechtliche Änderungen beschlossen worden. Was heisst das für das Spitalpersonal?

Manuela Weichelt: Falls das Volk dem Kantonsrat nicht widerspricht, werden die Anstellungsbedingungen des Spitalpersonals neu nach dem Obligationenrecht (OR) geregelt. Dies bedeutet nur einen minimalsten Schutz. Das heisst konkret:

- Der 13. Monatslohn ist nicht mehr gesichert.
- Der Kündigungsschutz bei Krankheit ist schlechter.
- Die Lohnfortzahlung bei Mutterschaftsurlaub ist auch schlechter

Bulletin: Obwohl dies von den «Reformern» bestritten wird, ebnet die

Umwandlung in eine Aktiengesellschaft also dem Sozialabbau Tür und Tor?

Manuela Weichelt: Ja, tendenziell sicher. Die Einflussmöglichkeiten der Regierung werden mit der vorgesehenen Neustrukturierung stark eingeschränkt.

Das Kantonsspitalgesetz sieht eine paritätische Aktienkapitalverteilung zwischen der Stiftung Baar und dem Kanton Zug vor. Obwohl der Kanton Zug für die Gesundheitsversorgung zuständig und verantwortlich ist, hat er keine Mehrheit. Beim Gesetz über das Zentralspital ist eine aktienkapitalmässige Mehrheit des Kantons vorgesehen. Ja es ist sogar davon auszugehen, dass 100% der Aktien vom Kanton gehalten werden, denn wer hat schon Interesse an einem defizitären bzw. subventionierten Betrieb. Welch absurdes Konstrukt: ein privatrechtliches Instrument wie die AG im vollständigen Besitz des Kantons.

In beiden Fällen hat die Regierung kein Weisungsrecht gegenüber den Verwaltungsräten, der Kantonsrat und das Volk haben überhaupt kein Mitspracherecht mehr. Und dies beim dereinst einzigen öffentlichen Spital im Kanton Zug!

Wenn der Verwaltungsrat der Zentralspital AG einen Sozialabbau beschliesst, wird ihn niemand mehr daran hindern können.

Besonders stossend ist die Kompetenzverschiebung bei einem Konkurs der AG, denn dann müsste selbstverständlich der Kanton einspringen.

Bulletin: Es gibt im Februar ja zwei Abstimmungen. Worin besteht denn die Kompetenzverschiebung bei der zweiten Vorlage, dem Spitalgesetz?

Manuela Weichelt: Dem Volk wird die Mitsprache bei den Subventionen entzogen. Der Kantonsrat bestimmt alleine und abschliessend darüber, welches Spital öffentlich subventioniert wird.

Das heisst, dass im Extremfall der Kantonsrat entscheiden könnte, das Privatspital Cham zu subventionieren oder - anderes Extrem - das Zentralspital, falls es kommt, oder die beiden öffentlichen Spitäler gar nicht



«Eine grundsätzliche Debatte über die Frage: Spitalneubau oder Sanierung fand in diesem Rat nie statt.»

Bild Martin Stuber

mehr oder massiv eingeschränkt zu subventionieren. Ein Referendum wäre nicht mehr möglich. Die SteuerzahlerInnen zahlen zwar, haben aber nichts mehr zu sagen.

Bulletin: Angesichts der kriminellen Geisterfahrt in der Zuger Spitalpolitik drängt sich mir eine ganz böse Frage auf: Ist es angesichts der Performance der Sanitätsdirektion in der Spitalpolitik in den letzten Jahren nicht sogar zu begrüssen, wenn ein anderes Gremium die Verantwortung für die Spitäler oder das Zentralspital übernimmt?

Manuela Weichelt: Die Sanitätsdirektorin tritt sicherlich kein leichtes Erbe an. Sie wird gut beraten sein, sich mit hochqualifizierten MitarbeiterInnen zu umgeben. ■

Und das Pflegepersonal?

Barbara Gassmann, 38, wohnhaft in Zug, arbeitet seit gut fünf Jahren im Kantonsspital. Nach der Ausbildung zur Krankenschwester hat sie eine Zusatzausbildung zur Pflegeexpertin gemacht. In dieser Funktion ist sie u.a. für hausinterne Schulungen und Qualitätssicherung im Pflegebereich zuständig. Ferner ist sie Vorstandsmitglied des Schweizer Berufsverbandes der Krankenschwestern und Krankenpfleger (SBK) der Sektion Zentralschweiz.

Das Interview führte Natalie Chiodi am 23. November 1998

Bulletin: Das Spitalreferendum ist zustande gekommen, bist du glücklich darüber?

Barbara Gassmann: Ja, ich bin zufrieden, denn ich bin der Meinung, dass ein so wesentlicher Schritt wie die Privatisierung, oder mehrheitliche Privatisierung, der Akut-Versorgung des Kantons vom Volk diskutiert und, Stellung bezogen werden sollte. Deshalb engagiere ich mich seit kurzem im Abstimmungskomitee „gegen den ersten Schritt zur Privatisierung unseres Kantonsspitals und gegen den Verlust an Mitbestimmung von Volk und Kanton“.

Bulletin: Wie stellt sich das Pflegepersonal zu einem Zentralspital?

Barbara: Das Pflegepersonal, dessen Berufsverband und die anderen Spitalangestellten haben eingesehen, dass ein Zentralspital errichtet werden muss. Das ist ja ein gesamtschweizerischer Trend, denn die immer kürzeren Aufenthaltsdauern und die steigenden Kosten erfordern eine Konzentration der Ressourcen. Was wir nicht einsehen, ist, weshalb dieser grundsätzliche Systemwechsel der Privatisierung bereits bei der Übergangslösung durchgesetzt werden soll. Nach der Zusammenlegung der Spitäler wäre dazu immer noch Zeit gewesen.

Bulletin: Privatisierung und Zentralspital - was sind die Folgen fürs Spitalpersonal?

Barbara: Bis jetzt hat man in keinem anderen privatisierten Spital festgestellt, dass die Anstellungsbedin-

gungen nicht schlechter geworden sind. Häufig ist der Lohn nominal gleich geblieben, aber z.B. ist die Altersvorsorge nicht mehr gleich gut oder andere Aspekte wie die Arbeitsplatztreue wurden nicht mehr belohnt, etc. Das sind die Gründe, weshalb der Berufsverband das Referendum unterstützt. In diesem Zusammenhang ist uns ein Gesamtarbeitsvertrag ein wichtiges Anliegen.

Wenn aber aus zwei Betrieben einer gemacht werden soll, wie beim zukünftigen Zentralspital, dann müssen Leute über die Klinge springen, das scheint mir klar. Man spricht von 60 Stellen. Meiner Meinung nach darf sich aber der jetzt schon knapp bemessene Stellenplan des Kantonsspitals keinesfalls weiter reduzieren. Auch die Arbeitsteams werden sich neu zusammensetzen müssen. Das bedeutet aus zwei bestehenden Betriebskulturen eine neue zu kreieren.

Bulletin: Was hat sich fürs Personal bereits geändert in den letzten Jahren?

Barbara: Die Verkürzung der Aufenthaltsdauer bedeutet schnelleren Wechsel der PatientInnen. Das Personal muss in immer kürzerer Zeit mehr erledigen. Im Gegensatz zu früher treten heute 60-80% aller PatientInnen notfallmässig ins Spital ein. Dies erschwert die Personaleinsatzplanung. Das Spital ist darauf angewiesen, dass die MitarbeiterInnen eine maximale Flexibilität der Einsatzzeiten in Kauf nehmen, was nicht sehr arbeitnehmerInnenfreundlich ist. Die Zunahme der Le-

benserwartung führt häufig zu komplexeren und längeren Krankheitsgeschichten. Dort, wo ein soziales Netz fehlt, ist die Vorbereitung auf die Spitalentlassung oft komplizierter. Und nicht zuletzt erschwert die Zunahme von PatientInnen aus fremden Kulturen deren angemessene Betreuung und Beratung. Auch hat die administrative Arbeit enorm zugenommen, da alles dokumentiert werden muss.

Bulletin: Im Zusammenhang mit Privatisierung hört man immer wieder von der Zwei-Klassen-Medizin. Wie kommt das?

Barbara: Die Zwei-Klassen-Medizin hat nicht mit der Rechtsform des Spitals zu tun, sondern mit verschiedenen Steuermechanismen. Für eine privat versicherte Person können wir jede Leistung aufschreiben und dem Versicherer belasten, für allgemein versicherte Personen hingegen erhält das Kantonsspital vom Krankenversicherer nur eine ausgehandelte Pauschale. Es ist so, dass Unterschiede bestehen im Abrechnungswesen der ärztlichen Leistungen. Selbst wenn es sich um die gleiche Leistung handelt, können für privat Versicherte und allgemein Versicherte andere Tarife geltend gemacht werden. Solche Regelungen fördern die Tendenz zu einer Zwei-Klassen-Medizin und sind deshalb in Ansätzen auch im Kantonsspital jetzt schon vorhanden. Die Art, wie jemand pflegerisch betreut wird, ist hingegen für alle Patientinnen und Patienten gleich. ■

Zwei schicksalshafte Abstimmungen

Am 7. Februar finden zwei kantonale Abstimmungen statt, welche für die Spitalpolitik von grundlegender Bedeutung sind. Mit den vorangehenden Interviews beleuchteten wir die politischen Hintergründe und stellten die Sicht des Personals dar. Auf dieser Seite fassen wir zusammen, worum es geht.

von Martin Stuber

Die Idee der Spitalprivatisierung war clever: Lege die Referendumsfrist für das Privatisierungsgesetz (Gesetz über das Kantonsspital) in die Wahlkampfzeit. Genützt hat es nichts. Unter der Federführung der Alternativen Fraktion, die sich von langer Hand auf dieses Referendum vorbereitet hat, gelang der grosse Coup: über 2000 Unterschriften in- nert weniger Wochen.

Das Behördenreferendum

Mit der perfekt getimten Einreichung des Referendums gegen die Privatisierung der Kantonsspitäler und der hohen Unterschriftenzahl haben die bürgerlichen Privatisierer wohl kaum gerechnet. Beim Spitalgesetz wollten sie es dann gar nicht mehr zur Ergreifung des Referendums kommen lassen und stimmten dafür, das Gesetz von sich aus dem Volk vorzulegen.

Das Referendumskomitee

Breit abgestützt ist das Referendumskomitee: Neben allen alternativen Gruppierungen des Kantons Zug, dem Präsidenten des CSV, dem Gewerkschaftsbund, dem VPOD und der Christlichen Gewerkschaftsvereinigung machen auch der Schweizer Berufsverband der Krankenschwestern und -pfleger (SBK) und einige Ärzte mit. Noch offen, aber sehr wahrscheinlich ist die Beteiligung der SP, die erst im Januar beschlossen wird - sein Engagement bekanntgegeben hat hingegen SP-

Nationalrat Armin Jans.

Regierungsrätin und Sanitätsdirektorin Monika Hutter setzte sich vor den Wahlen gegen die Privatisierung ein.

Die Geisterfahrer

Wer steht hinter der spitalpolitischen Geisterfahrt ins Ungewisse? Es ist ein buntes Konglomerat von Interessen, das sich hier zusammengefunden hat. Im Vordergrund stehen dabei Partikularinteressen, die wie in solchen Fällen üblich nicht offen deklariert werden. Das erklärt auch, weshalb wirklich aussagekräftige Vergleichszahlen für verschiedene Varianten nie erarbeitet worden sind. Dahinter stehen:

- Die Privatspitalvertreter, welche sich so einen gewissen Einfluss versprechen.
- Baar, das so den Standort sichern kann und die Stiftung, welche so die (auch finanzielle) Verantwortung los werden kann, wenn sie will
- Die Sanitätsdirektion, welche eine lästige Frage, die sie nie auch nur annähernd im Griff hatte, «privatisieren» kann.
- Bauinteressen, die sich angesichts eines 105 Mio. Fr. Projekt die Hände lecken.
- Immobilieninteressen (z.B. die ZKB), welche für das heutige Gelände des Kantonsspitals am See lukrative Möglichkeiten sehen

Skandalöserweise haben die beiden Lokalzeitungen bisher ziemlich

offen die bürgerliche Mehrheitspolitik favorisiert und sind ihrem Informationsauftrag nur sehr mangelhaft nachgekommen. ■

Übersicht

Gesetz über das Kantonsspital

Rechtliche Grundlage für die Fusion der Spitäler von Zug und Baar. Führen soll das fusionierte Spital eine private AG. In dieser Betriebsgesellschaft sollen der Kanton und die Stiftung Baar paritätisch vertreten sein.

Spitalgesetz

Komplizierter ist das Spitalgesetz. Es regelt die Aufgabenteilung, die Organisation, Zuständigkeiten und Vergütungssysteme. Knackpunkt ist die Bestimmung, dass der Kantonsrat abschliessend «die Spitäler bestimmt, die im Kanton Zug öffentlich subventioniert werden.» (§5, Abs. 1). Damit wird dem Volk das wichtigste Bestimmungsrecht in der Spitalfrage entzogen, während gleichzeitig die Subventionierungspflicht der Öffentlichkeit festgeschrieben wird.

Informationen zur Referendumsabstimmung auf dem Internet

Die Alternative Fraktion hat sich mit viel Engagement für eine vernünftige Spitalpolitik eingesetzt. Auf dem Internet sind die wichtigsten Voten und andere interessante Informationen zur Spitalfrage auf folgender Linkseite abrufbar: www.sga-zug.ch/spital

Abschied von vier markanten ParlamentarierInnen

Nach zwölf Jahren im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug ist Dani Brunner auf Ende der Legislatur zurückgetreten. Sybilla Schmid und Toni Kleimann, beide acht Jahre im Kantonsrat, und Sha Ackermann, 4 Jahre im Parlament, beenden ihre Ratstätigkeit Ende 1998.

Ein kurzer Rückblick auf die Arbeit der Alternativen Fraktion in den letzten acht Jahren und eine eigene Kurzbilanz von Toni Kleimann sind auf Seite 10 zu lesen.



Dani Brunner Zusammen mit Jo Lang hat Dani 1986 bis 1989 als Neuling im Grossen Gemeinderat in seiner ersten Legislatur insbesondere Anliegen rund um den Finanzplatz, Fragen der Stadtentwicklung, des Wohnungsbaus, des Verkehrs etc. aufgenommen.

Von 1990 bis 1993 gehörten der Fraktion nebst Dani und Jo noch Annemarie Csomor, Andrew Bos und Martin Stuber an. Das grosse Thema: Stadtplanung. Ein Anliegen, dem Dani einen Grossteil seiner Zeit inner- und ausserhalb des GGR widmete.

Mit der heutigen Fraktion (Ivana Calovic, Martin Stuber und Anita Stadler) hat Dani die letzten vier Jahre insbesondere die Entwicklung auf dem L&G Areal, den Neubau des Alters- und Pflegeheims Neustadt, Beizenöffnungszeiten in der Stadt Zug, öffentlicher Raum im Bürgerasyl und die Seeufergestaltung mitgestaltet oder wieder in Diskussion gebracht.

Seine engagierten Voten wurden vom Rat nicht immer entsprechend aufgenommen, aber im Nachhinein hat sich einiges, das Dani befürchtete oder forderte, bewahrheitet.

Die zwölf Jahre waren geprägt von einem unglaublichen Hintergrundwissen und innerem Engagement, das nicht immer und überall auf Gegenliebe gestossen ist. Für die Zeit ohne politisches Mandat wünschen wir Dir, Dani, alles Gute.

Anita Stadler, Fraktion SGA/PL

Eine Würdigung der Arbeit der drei zurückgetretenen KantonsrätInnen kann auf einer halben Seite nur sehr fragmentarisch sein, denn brilliert und engagiert haben sich die drei für verschiedenste Themen - und immer wieder.



Toni Kleinmann

So setzte sich Toni als Mitglied der Justizprüfungskommission jahrelang hartnäckig für mehr Stellen am Gericht ein, angesichts der unerledigten Fälle und Arbeitspensen der Angestellten weit über 100% eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Sybilla Schmid war während den ersten vier Jahren Mitglied der Staatswirtschaftskommission und dort das soziale Gewissen - leider meistens als Minderheit. Mit ihren Voten zur Finanzpolitik schuf sie sich Anerkennung - bis in bürgerliche Kreise. In diesen Jahren war das noch möglich, in der darauffolgenden Legislatur wurde das Klima durch die Rezession und die Sparhysterie der Bürgerlichen frostiger und viel unsozialer.

Für sie wie auch die AF wichtige Errungenschaften wie das Gleichstellungsbüro konnten innert vier Jahren wieder gebodigt werden. Erfolge im Parlament wurden selten - zum Glück gab es sie dank Volks-

abstimmungen wie zum Beispiel beim Referendum gegen die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten.

Auch für Sha waren Erfolge dünn gesät. Sie engagierte sich für das Projekt ZOPA (Zuger Opiat-Verschreibung) und war bei der ersten Vorlage wie auch bei der Weiterführung des Projekts auf der GewinnerInnen-Seite.

Gefreut hatte sie sich auch über die Überweisung des Postulats für eine Velobrücke beim Alpenblick in Cham. Die Verwirklichung steht in der Prioritätenliste der Baudirektion weit oben, was der neue Baudirektor damit macht, ist allerdings noch ungewiss...

Zum Glück hat ihr das Politisieren Spass gemacht, das kam auch in ihren Reden immer wieder zum Ausdruck. Mit ihren fehlerlosen, echt hochdeutschen Voten, hat sie die Bemühungen der restlichen Ratsmitglieder um anständiges Deutsch verblasen lassen...

Wir danken den drei KämpferInnen und wünschen ihnen weiterhin viel Energie - vielleicht auch für ausserparlamentarische Aktivitäten!

Arlene Wytenbach, Alt-Kantonsrätin



Sybilla Schmid



Sha Ackermann

Hartnäckigkeit überzeugt

«Die Alternative Fraktion steht für eine konsequent linke und auf-
müpfige Politik.» - Toni Kleinmann zieht Bilanz seiner achtjährigen
Tätigkeit mit der alternativen Fraktion

Wohl sitzt die 'Alternative Fraktion' auf den Hinterbänken des Ratssaales, aber ihre Politik hat beileibe nichts „Hinterbänklerisches“. Im Gegenteil - wenn linke Politik formuliert wird, dann wird sie unerschrocken und fundiert hinten links im Saal ausgebrütet. „Selbstruhm stinkt“, sagt der Volksmund, aber als abtretender Kantonsrat wage ich es, mit meinen Überzeugungen auch hier nicht hinter dem Berg zu halten. 1990 wurde sie in Fraktionsstärke geboren, die 'Alternative' im Zuger Kantonsrat. Die sieben Köpfe der AF wurden quasi lanciert durch die aussergewöhnlich gute Parlamentarierarbeit von Madeleine Landolt und Hanspeter Uster, die vier Jahre zuvor gewählt worden waren. „Chnuspis“ staatsmännisches Flair und seine volksnahe Attitüde ohne jeden Dünkel spülte ihn 1990 förmlich in die Zuger Regierung. Einerseits war dies zu bedauern, verlor doch die 'Alternative Fraktion' mit ihm einen aussergewöhnlichen Wortfechter in den Niederungen des parlamentarischen Kampfes, andererseits gewann die AF durch den Regierungsrat Uster einen Blick hinter die Regierungskulissen und damit einen Vorausblick auf ferne Traktanden kantonaler Politik. Jedenfalls erwies sich die AF in den vergangenen acht Jahren als äusserst stabil und in allen wichtigen Diskussionen präsent. Bei den Themen 'Arbeitslosigkeit', 'Steuerpolitik', 'Bildung', 'Wahlrechtsreform', 'effiziente Justiz' und 'Gesundheits-



Legende: Toni Kleinmann: „In den Fraktionssitzungen wurde mit Lust debattiert und viel gelacht... - wenn ich etwas vermissen sollte, dann ist es diese Zugehörigkeit zur „Alternativen Fraktion“.“

ArchivBild Bulletin

politik': Wurden die wesentlichen Pflöcke von links durch die 'Alternative Fraktion' eingeschlagen.

Nicht nur das: es war für mich auch rein menschlich eine Freude, in dieser Fraktion mitzuarbeiten. Der Umgang untereinander war hervorragend. Respektvoll und 'liberal' im besten Sinne war die Gesprächskultur. In den Fraktionsitzungen wurde mit Lust debattiert, viel gelacht und als Einstimmung bestens getafelt. Wenn ich etwas in Zukunft vermissen sollte, dann ist es diese Zugehörigkeit zur 'Alternativen Fraktion'.

All dies muss ausgestrahlt haben: Wie anders liesse sich erklären, dass die AF seit den Wahlen 1998 zur drittstärksten Fraktion avancierte. 7 Frauen und 3 Männer bilden neu die AF-Power. Dies garantiert die Präsenz in allen Kommissionen, auch in der ansonsten weit überschätzten Stawiko (Staatwirtschaftskommission). Ich vertraue auf die Hartnäckigkeit unseres Jo Lang, wenn es darum geht, dort die Gewichte in eine sozialere Richtung zu verschieben. Vielleicht findet ja auch die SP einen Stawiko-Vertreter, dem linke Positionen nicht allzu fremd sind.

'Linke Politik', was heisst das?

Und genau diese politische Sicht muss mit voller Überzeugung und selbstbewusst auch im Kantonsrat vertreten werden. Zwischenzeitlich lief insbesondere unsere Listenpartnerin, die SP, Gefahr, im nebulösen Liberalisierungs- und Deregulierungswahn bürgerlicher Gebetsmühlen die Richtung zu verlieren.

Linke Politik heisst - und es muss wieder mal gesagt werden - für all das einzustehen

- was die Gräben zwischen arm und reich kleiner macht,
- was Ökonomie und Ökologie in

Einklang bringt,

- was die Ausgrenzung jedweder Menschengruppen verhindern hilft,
- was die Verantwortung des Für-einander in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht in diesem Kanton fördert.

Linke Politik ist ein Projekt, das sich jederzeit und immer wieder an den Ansprüchen von Gerechtigkeit und Solidarität messen muss. Ohne solche Werte gibt es keine „Lust auf Zukunft“ in diesem Land. Und wer diese Ziele aus den Augen verloren hat, kann nicht von sich behaupten, er stehe „Mittendrin“. Wer Wirtschaftspolitik nur aus dem Blickwinkel der Wirtschaft betreibt - und damit nur die Unternehmer- und Shareholdersicht meint - der missachtet den Partner im wirtschaftlichen und politischen Zusammenleben, die grosse Mehrheit der lohnabhängigen Bevölkerung. Die sozial denkenden Menschen im Kantonsrat müssen die Tatsache vor Augen haben, dass die Kapitaleinkünfte weltweit um 60% gestiegen sind, während die Einkünfte aus bezahlter Arbeit in der neuesten Vergangenheit gleich geblieben sind. Und wenn beispielsweise die FDP mit ihrem aufgesetzten 'Modernismus' die Errungenschaften und die Verteidigung des Sozialstaates als rückwärts-gerichteten Konservatismus zu desavouieren sucht und mit dem verschleiernenden Etikett „modern“ ihre unsoziale Politik kaschiert, so muss den Linken im Rat bewusst sein, dass auch in Zukunft die wachsende soziale Ungleichheit bekämpft werden muss. Und zu nichts anderem ruft übrigens Peter Bodenmann uns Alternative und seine SP-Parteifreunde im Strategiepapier auf, nämlich „Gegenfeuer“ zu geben „im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion“ (Pierre Bourdieu, Universitätsverlag Konstanz 1998).

Mutig und selbstbewusst, trotz allem

Wenn man als frisch gewählte/r Parlamentarier/in diesen Idealismus besitzt und den Glauben an das 'gute Argument' in sich trägt, dann soll man die bürgerliche Mehrheit im KR immer und immer wieder herausfordern. Ich musste am eigenen Leibe erfahren, dass acht Jahre auf der Oppositionsbank gleichzusetzen sind mit etwa 16 Jahren im flauschig angerichteten Nestchen der satten bürgerlichen Mehrheit. Neulich sprach mich ein Kantonsrat mit 32 Dienstjahren an, warum ich mich nach 8 Jahren schon zurückziehe. Stellvertretend für viele ähnliche Erlebnisse erzählte ich ihm folgende Begebenheit: „Am 25. Juni stellte die Alternative Fraktion in der KR-Sitzung zum Bau- und Planungsgesetz den Antrag, der kantonale Richtplan sei durch den Kantonsrat zu beschliessen - und nicht nur zu genehmigen. Wir unterlagen mit 54 : 7 Stimmen. Am 26. November brachte der FDP-Vertreter Heinz Tännler in der 2. Lesung zu diesem Gesetz den genau gleichen Antrag. Diesmal unterstützten dieses Anliegen 34 KantonsrätInnen. Man merke sich: Die Herkunft eines Argumentes zählt manchmal mehr als das Argument selber.

Und von solchen Mechanismen habe ich schlicht genug.

Bevor ich mich aber nun in Bitternis auflöse (was mir glücklicherweise trotz allem nie zustossen wird), möchte ich mich herzlichst und mit hohem Respekt von meinen Kolleginnen und Kollegen in der 'Alternativen Fraktion' verabschieden. Ich habe viel gelernt. Es war ungemein spannend mit euch, und dafür bin ich dankbar. ■

Von der «vernünftigen und guten Partei»

Die Sozialistisch-Grüne Alternative lud am 3. Adventswochenende zu einer Retraite in den Räumen des ZALT ein. Statt Besinnlichkeit war Besinnung auf die Aufgaben der SGA als lokale Partei mit globalem Erklärungsanspruch angesagt. Und eine Klärung des Verhältnisses Stadt- und Kantonspartei sowie von Mitgliedern und Parteilosen wurde in Aussicht gestellt.

Von Gisela Hürlimann

Erfolgversprechendes Vorgehen verdient eine Wiederholung: in diesem Sinn kamen rund 20 SGA-Mitglieder und Parteilose unter der Leitung von Erwachsenenbildner Philipp Gähwiler zu einer Fortsetzung der Ideenbörse von 1997 zusammen. Wurde damals die Wahlkampagne 1998 angerissen, sollten nun deren Ziele bilanziert und weiter entwickelt werden. Der spontane erste Frust über den Ausgang der gemeindlichen Wahlen war einer differenzierteren Sicht auf die Dinge gewichen: Die Kandidatinnen- und Kandidatenauswahl wurde als sehr gut bewertet, ebenso die professionell verlaufene PR-Arbeit und ihr Resultat in Form von tollem Werbematerial. Interessanterweise äussernten sich Nicht-Mitglieder zufriedener mit den Wahlergebnissen unserer Listen, doch auch sie bemängelten, die SGA baue ihre Leute zu wenig für Exekutivkandidaturen auf. In einem waren sich alle einig: wir haben «die Jugend» elektoral nicht erreicht. Und damit w%oren wir angelangt bei der

Lust aufs Grundsätzliche

Die Wahlen 1998 und auch 2002 waren im Lauf des Samstags eigentlich kein (grosses) Thema mehr. Vielmehr stand das Erstellen eines «4-Jahres-Plan» auf dem Programm. Ein erstes Brainstorming in Gruppen erbrachte eine ganze Flut von möglichen Aktivitäten. Dabei zeigte sich wieder mal deutlicher als auch schon: die SGA ist eine Partei, in der Gott - oder dessen/deren Ab-

senz und Unterlassungen - und die Welt eine Rolle spielen. Neben städtischen und kantonalen Schwerpunkten aus der tagespolitischen Agenda, wurde gerade von jugendlicher Seite auch viel Grundsätzliches auf die Wunschliste gesetzt: eine Debatte zu Globalisierung, Finanzplatz, Entschuldung und dem Werkplatz Zug wurde ebenso gefordert wie Stellungnahmen zur EU und ein erneutes Engagement für die Abschaffung der Armee. Die Anwesenden trugen sich bei ihren bevorzugten Themen in eine Liste ein, die allen Mitgliedern und Interessierten zugänglich gemacht wird und Basis ist für die Bildung von «Interessentinnengruppen».

Die SGA und ihre Verhältnisse

Böse Zungen behaupten, die SGA habe vor allem ein autoerotisches Verhältnis mit sich selber, weil ihre Leute sich so für die Parteilosheit abquälten. Nun: Kompetenz und En-

gagiertheit erwirbt man bekanntlich nicht im Schlaf. Andererseits-machen die SGAs wirklich so einen bedauernden Eindruck? Nein, finden offenbar immer mehr Leute, die sich deshalb für Wahlen auch auf unsere Liste setzen. Womit wir ein Verhältnis mit einer wachsenden Zahl von Parteilosen hätten. Trotzdem gilt es zu klären, wieso ein Partei-Engagement für Menschen mit ähnlichen Ansichten (vermeintlich) nicht drin liegt. Wir sind nämlich nach wie vor auf Mitglieder, welche die SGA und ihre Strukturen finanziell und mit ihrem Einsatz tragen, angewiesen. Dass dieser Einsatz ein grenzenloser sei, ist ein Vorurteil, und wenn da noch ein Krnchen Wahrheit wäre, so will eine Diskussion um neue Strukturen, um Erwartungshaltung und Anerkennungsverweigerung dieser auf den Grund gehen. Immer im Bewusstsein, dass-frei nach Schösche Rüttimann - eine gute Partei ein freiwilliger Zusammenschluss von vernünftigen Leuten ist. ■



Die Donschtigs-Bar der SGA als nachhaltiges Produkt der Ideenbörse 97 gibts auch noch 1999! Bild Bulletin

Krieg um die Knöpfe

Kann "Der Prinz von Ägypten" die Geschichte von Moses neu schreiben? Ab 18. Dezember werden nicht nur Spielberg, Katzenberg und Geffen gespannt auf die ersten Zahlen warten, sondern auch die Kader anderer Filmstudios - allen voran von Disney.

Von Thomas Ulrich

Das junge Studio Dreamworks pokert hoch mit seinem Film "The Prince of Egypt" und startet diesen am 18. Dezember praktisch gleichzeitig (ausser Japan) auf der ganzen Welt. Das sind 2500 Kopien in den USA/Kanada und 5000 in 37 anderen Ländern. Natürlich geht es nicht nur um den Erfolg eines einzelnen Films, sondern auch um die Vorherrschaft von Disney im Zeichentrickfilmmarkt. Disney muss an allen Fronten (WB mit "The Magic Sword", Fox mit "Anastasia") kämpfen und wird nun seine bisher schwierigste Schlacht haben.

"Kein Kinderfilm."

Die Dreamworksbosse haben gar keine Freude an solchen Aussagen. Diese erzählen wie wild von einem neuen Markt, nämlich dem Zeichentrickfilm für über 12jährige und wollen darum nichts von Konkurrenz wissen. "Wir glauben, dies ist ein Film, den die Eltern mit ihren Kindern sehen wollen.", erzählt Terry Press, Marketingchef von Dreamworks (Variety vom 23.11.98). Damit dies glaubwürdig wirkt, musste Dreamworks jedoch weitgehend auf das lukrative Merchandising verzichten (Partnerschaften mit Fastfoodketten, Kleider, Taschen usw.). Dies steigert das Risiko eines finanziellen Fiaskos natürlich wesentlich. Einzige Merchandisingprodukte werden Bücher und CDs sein, dafür wird es von den letzteren gerade drei geben, nämlich den Soundtrack sowie zwei CDs

"inspired by" mit Country- respektive R&B/Gospelstars. Damit trotzdem jemand kommt, wird aus dem Film ein "Event-Movie" gemacht, d.h. riesiges Marketing, das den Leuten das Gefühl geben soll, diesen Film sofort sehen zu müssen. Dies scheint mir sehr schwierig mit einem Zeichentrickfilm, aber eben, Dreamworks will alles oder nichts.

Die spinnen, die Amis

Die Einschränkungen im Merchandising ergaben sich auch durch eine (selbst für USA-Verhältnisse) auf die Spitze getriebene political resp. religious correctness. Die heiligen Quellen des Films verunmöglichen "alles, was auch nur annähernd respektlos sein könnte", sagt Press. Darum wurde der Film auch nahezu 700 Geistlichen aller möglichen Religionen gezeigt, nämlich um sicher zu sein, dass auch wirklich alle zufrieden sind.

Der Film erzählt die Geschichte von Moses und dem Exodus seines unterdrückten Volkes. Wie schon erwähnt, wurde das ganze viel zu seriös angegangen. Es gibt keine sprechenden Kamele oder Ähnliches, was ein komisches Element hätte einbringen können. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zu den Disneyproduktionen, der bewirkt, dass der Streifen so langweilig wie eine katholische Messe ist. Übernommen wurde das Musicelement, das ja in fast allen Zeichentrickfilmen vorkommt. Die Songs sind jedoch ziemlich fade und

kurz gesagt missglückt.

Besser, ja sogar phantastisch, ist die visuelle Gestaltung. Es handelt sich um ein Gemisch von 3D-Computeranimation und traditionellen Charakteranimationen, das neue Massstäbe setzt und einen noch nie gesehenen Stil präsentiert. Die Palette reicht von der computergenerierten Massenszene mit 100000 bewegten Menschen bis zur Traumsequenz von Moses, in der die typischen ägyptischen 2D-Wandmalereien zum Leben erweckt werden. Die Aufnahmen der gewaltigen Monumente präsentieren eine gelungene Tiefenwirkung und haben eine einzigartige farbliche Stimmung.

Das Ziel, die Erwachsenen in diesen Trickfilm zu locken, wird wohl kaum erreicht werden. Und ob die Kinder einen Film sehen wollen, der zwar eindrücklich aussieht, aber nicht besonders lustig zu sein scheint, ist ebenfalls fragwürdig. Ausserhalb von Amerika prophezeie ich darum, dass die verfolgte Strategie nicht Früchte tragen wird und die acht- bis zehntausend Kopien bald in den Händen des Filmgottes sein werden.

"The Prince of Egypt"

Mit den Stimmen von Val Kilmer, Sandra Bullock, Ralph Fiennes, Danny Glover, Jeff Goldblum, Steve Martin uva.

USA, 1998, Dolby SRD/DTS/SDDS, Flat, ca. 90min.

Verleih: UIP, Zürich.

Start: 18. Dezember 1998

Majorz wegen Twerenbold??

Drei Ereignisse prägten den Zuger Wahlherbst 98: der befürchtete Vormarsch der SVP fand statt, die Verluste der linksgrünvioletten Kräfte hielten sich mit Ausnahme der Stadt Zug in Grenzen und die CVP ist die grosse Wahlverliererin. Aus Platzgründen konzentrieren wir uns in der folgenden Analyse weitgehend auf die kantonalen Wahlen, kommentierende Passagen widerspiegeln die persönliche Meinung des Autors.

von Martin Stuber, SGA-Gemeinderat Zug

Die Wahlen stiessen auf wenig Interesse, besonders krass im Gegensatz zur LSVA-Abstimmung, in welcher der Kanton Zug über dem nationalen Durchschnitt zustimmte und insbesondere die Stadt Zug bei einer Stimmbeteiligung von fast 60% die LSVA zu 70% bejahte. Wer von uns hoffte, dass dies eine Woche später bei den Gemeindewahlen durchschlagen würde, sah sich schwer enttäuscht: die gemeinsame Stadtratsliste von SP und SGA brach regelrecht ein, ein Sitzverlust war die logische Folge. In den übrigen Gemeinden konnten die SP und die Alternativen ihre Sitze verteidigen, wenn auch mit fast durchwegs tiefere Stimmanteile. Drei Wochen später, bei anhaltend tiefer Stimmbeteiligung - 44% sind ein Minusrekord bei Wahlen! - konnte der zweite Regierungsratssitz nur knapp gehalten werden.

Woher kommen die linken Verluste?

Die Auswertung der Resultate zeigt, dass die gemeinsame Liste SP, SGA und Alternative in allen Gemeinden mit Ausnahme von Risch und Walchwil in absoluten Zahlen Verluste hinnehmen musste. Leicht anders sieht es aus, wenn die prozentualen Anteile betrachtet werden: hier konnte sich die Liste in Hünenberg, Risch und Menzingen praktisch halten, während sie in Neuheim sogar zulegte. Es liegt also nicht nur an der Stimmbeteiligung. Da diese Verluste eigentlich gegen den natio-

nen Trend laufen und scharf mit dem gleichzeitigen sachpolitischen Abstimmungsverhalten kontrastieren, bedarf es einer näheren Analyse. Offensichtlich vermochte die Regierungsratsliste - wie auch die gemeinsame Stadtratsliste drei Wochen zuvor - nicht zu mobilisieren. Weshalb?

Zug, Baar und Unterägeri

83% der verlorenen Listenstimmen gehen auf das Konto von drei Gemeinden: Zug, Baar und Unterägeri. Das Zuger Resultat ist weiter unten erläutert, in Unterägeri hat die SP zwar ganz leicht zugelegt, aber die RR-Liste ist gegenüber 1994 um 170 Listenstimmen abgesackt. Hier hat wohl der Eder-Effekt gespielt, was insofern erstaunt, als SP-Kantonsrat Christoph Hohler eher als Linker profiliert ist.

Nicht ganz einfach zu interpretieren ist der Verlust von 163 Listen in Baar. Zwar hat die RR-Liste wie auch schon 1994 deutlich mehr Stimmen gemacht als die gemeinsame Kantonsratsliste von SP und SGA, was auf den Uster-Effekt zurückzuführen sein dürfte. Aber der Verlust ist dennoch so happig, dass eigentlich nur zwei Möglichkeiten in Betracht kommen: Verluste linker, fremdenfeindlicher Stimmen an die SVP, welche in Baar 18% machte und deutlich mehr Listenstimmen gewonnen hat, als CVP und FDP verloren haben, oder der Glanz von Zugpferd Chnuschi ist etwas verblasst, wohl gefördert durch sei-

nen unsäglichen Schmusekurs mit den bisherigen bürgerlichen RegierungskollegInnen kurz vor den Wahlen.

SP-Frauen haben es schwer

SP-Frauen mobilisieren offenbar weniger als auch schon. Der quasi automatische Frauenbonus auf der Linken bezüglich Mobilisierung ist vorbei, der Brunner-Effekt in der SP verpufft. Vielleicht hat auch eine gewisse Enttäuschung (oder Ernüchterung) über Ruth Dreifuss bis nach Zug hinein gewirkt. Und die beiden SP-Kandidatinnen vermochten halt auch niemanden auf der Linken vom Stuhl zu reissen.

Dass Frauenpower auch im SP-Elektorat sehr wohl noch mobilisieren kann, zeigt der Erfolg der 6er-Frauenliste der Frischen Brise in Steinhausen, die mit einer aktiven und pfiffigen Kampagne für den Kantonsrat fast gleich viele Listenstimmen holte wie die gemeinsame Liste FriBri/SP vor vier Jahren. Dazu passt, dass in Steinhausen die RR-Liste auch nur wenige Listenstimmen verloren hat.

Rechtskurs der SP bestraft

Das Resultat in der Stadt Zug zeigt: während sich die SGA im Vergleich zu 1990 halten konnte, ist die SP regelrecht eingebrochen. Angeschlagen durch den Verlust eines Stadtratssitzes und mit einer Kantonsratsliste, die kaum noch weiter rechts stehen konnte, ver-

liert die SP 441 Stimmen gegenüber 1994 und rund 900 Stimmen im Vergleich zu 1990, was einer glatten Halbierung gleichkommt! Akzentuiert zum Ausdruck gekommen ist dieser Rechtskurs "rechtzeitig" auf die Wahlen hin in der neoliberalen Haltung der Regierungsratskandidatin Brigitte Profos bei der Spitalfrage und der Majorzunterstützung durch Erna Staub. Beide büssten es mit ihrer Abwahl. Nebenbei gesagt: der CSV dürfte so einige Stimmen bei der SP abgeholt haben (und den Teil, den die SGA 1994 aus dem Potential der damals nicht kandidierenden Bunten abschöpfte und nun wieder abgeben musste). Dass die Regierungsratsliste unter dieser akuten Schwäche der SP gelitten hat, ist klar. Linke WählerInnen wollen linke Politik.

Überaltertes SP-Elektorat

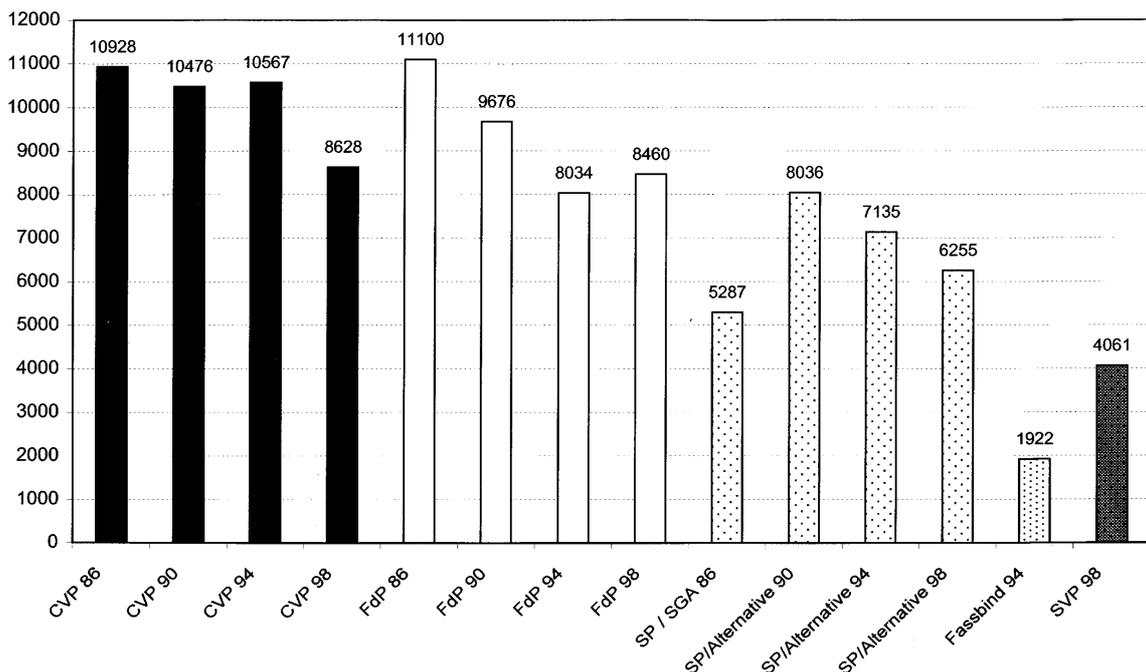
Wir haben es vor vier Jahren an dieser Stelle schon geschrieben und jetzt kommt die Bestätigung: in alten "Stammgebieten" wie Zug oder Baar ist ein Teil des SP-Elektorates überaltert. Grund für die "Altersthe-se" war der regelmässig hohe Anteil an unveränderten Listen bei der SP, was sich jetzt zum ersten Mal geändert hat. Wer einen überproportional hohen Anteil an alten WählerInnen hat, verliert Stimmen, wenn diese sterben. Zudem ist dieses Elektorat anfällig für die SVP, welche gemäss neuesten nationalen Untersuchungen* von allen relevanten politischen Kräften klar den höchsten Altersdurchschnitt bezüglich Wählerschaft aufweist. Wenn die Zuger SP dies nicht mit einer Verjüngung wettmachen kann, verliert

sie Stimmen. Besonders stark dürfte dieser Effekt in der Stadt Zug spielen, wo sich bisher kein Generationenwechsel abzeichnet.

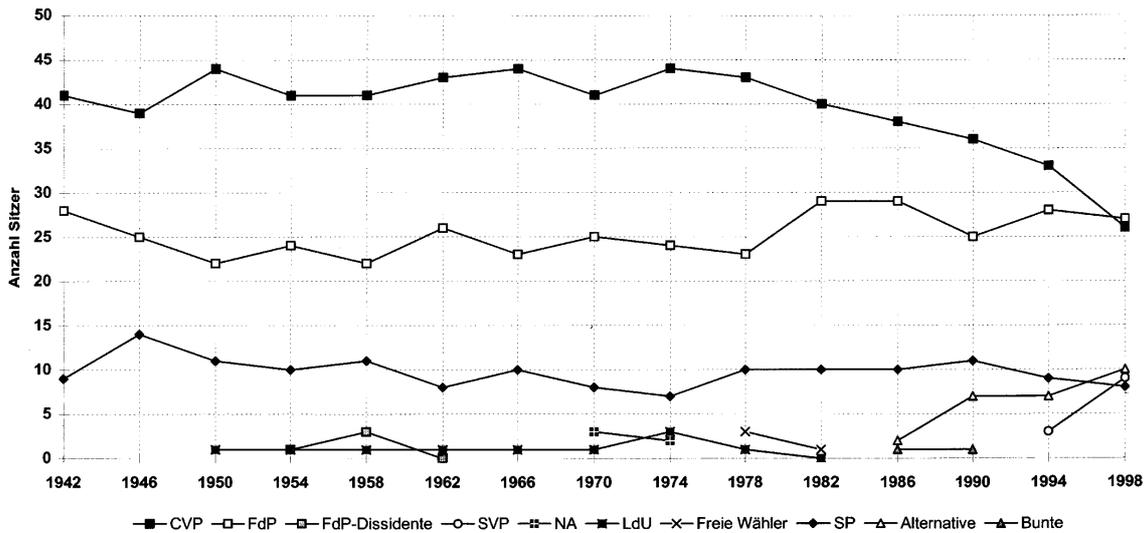
Grosses Potential

Zurück zum Ausgangspunkt: 21'679 ZugerInnen haben in einer extrem polarisierten Abstimmung für die LSVa gestimmt. Nur vier Wochen später legen gerade mal 6255 ZugerInnen diejenige Regierungsratsliste ein, welche dieses Ja politisch am klarsten repräsentiert (die FDP und die SVP sagten Nein, die CVP zwar Ja, stellte aber einige wichtige Exponenten bei der Nein-Kampagne)! Was machen wir falsch? Offensichtlich identifizieren uns die Leute zu wenig mit unseren Inhalten. Und finden unsere Politik hier im Kanton nicht wert, via Wahl-

Regierungswahlen 1986 bis 1998 / Listenstimmen



Sitzverteilung im Zuger Kantonsrat seit 1946



zetteln an der Urne befördert zu werden. Ich bin überzeugt, dass von den fast 22'000 Abstimmenden einige Tausend potentiell zum linksgrün-violetten Elektorat gehören und es lohnt sich, eine gehörige Portion Ideen und Pfiff zu entwickeln, um an sie heranzukommen. Etwas provokativ und in Abwandlung eines Diktums von SP-Chefideologe Spescha gesagt: die SP ist in den täglichen politischen Auseinandersetzungen fast inexistent und wir sind zu brav geworden.

**Gemeinsame Listen
SP/Alternative kontraproduktiv?**

Nicht nur deshalb interessiert die Frage nach dem Nutzen der gemeinsamen Listen zwischen SP und Alternativen. Die Aufbruchstimmung von 1990, wo ein Deal zwischen der kantonalen und der Stadtzuger Linken den Einzug von Uster in den Regierungsrat und den zweiten Stadtrats-sitz für die SP mit Eusebius Spescha brachte, ist definitiv verfliegen. Zwar liegen die rechnerischen Vorteile dieser Listen auf der Hand und haben

z.B. in Baar einen zusätzlichen Sitz für die AF gebracht - während in Cham das KriFo das Nachsehen hatte. Aber die Zugkraft von reinen Zweckbündnissen hat offensichtlich nachgelassen und das Zusammengehen mit einer flauen SP dürfte die Mobilisierungsfähigkeit auf unserer Seite eher behindern.

Interessant ist in diesem Zusammenhang das Beispiel in der Stadt Zug, wo zwar eine gemeinsame Stadtratsliste bestand, aber beide Seiten ihren eigenen Wahlkampf führten. Persönlich neige ich zur Ansicht, dass dieser lebendig geführte eigene Wahlkampf uns "gerettet" hat - immerhin hat die SGA im Gemeinderat absolut und prozentual zugelegt, entgegen dem allgemeinen Trend und trotz des Rückzuges von Schwergewicht Dani Brunner.

Die Erfahrung von Zug (und auch von Baar) lehrt noch ein zweites: auf gemeinsamen Exekutivlisten haben unsere KandidatInnen fast keine Chance, weil das bürgerliche Elektorat über Panaschierstimmen den Wahlausgang entscheidend mitbestimmt: das gute Resultat von Erna

Staub, die Spescha fast geschlagen hätte, ist auf eine Kampagne von Rechtsbürgerlichen um Leo Granzio zurückzuführen und von Staub wohl auch bewusst provoziert worden mit ihren Aussagen zum Majorz. Dass die Lust auf unserer Seite, SteigbügelhalterInnen für rechte SP-ExekutivpolitikerInnen zu spielen, gegen Null tendiert, dürfte einleuchten.

Blochers List

Sie kann machen, was sie will, die SVP - der nationale Trend und der nahe Blocher spült ihre Leute in die Aemter. Da kann die Stadtzuger GGR-Abordnung vier Jahre lang wenig bis nichts bieten und ein regelrechtes Gruselkabinett präsentieren: sie gewinnt einen Sitz. Dass keine Frau auf der Liste war, dürfte da sogar ein Vorteil gewesen sein...

Wieweit neben dem nationalen Trend auch die äusserst kostspielige Inseratekampagne gewirkt hat, ist schwer zu sagen. Sicherlich mitgeholfen hat der SVP aber die "Zuger Woche", welche nicht nur im Inserate-teteil zeitweise an ein regelrechtes

SVP-Kampfbblatt gemahnte. Fest steht, dass wir uns in Zukunft der Auseinandersetzung mit der SVP vermehrt und phantasievoller stellen müssen.

Eine Analyse der Resultate in den Gemeinden zeigt, dass die SVP fast überall auch neue WählerInnen mobilisieren konnte und nicht nur von innerbürgerlichen Verschiebungen profitierte. Der Abschiffer ihres jugendlichen Kandidaten in Hünenberg und der beiden moderaten Frauen in Unterägeri bestätigt, dass die SVP die Partei der Alten, der Männer und der Ellbögeler ist.

Ungebremste Talfahrt der CVP

Spiegelbildlich zum Negativum SVP gibt es auch Positives zu vermelden: sie ist mittendrin in der Talfahrt, die CVP, und ein Ende ist nicht abzusehen. In allen Gemeinden ausser in Walchwil verliert die CVP massiv an Stimmen, und dies nicht nur beim Regierungsrat, sondern mit Ausnahme von Steinhausen und Neuheim auch beim Kantonsrat. Ganz so knapp verloren hat die CVP ihren 3. Regierungsratssitz übrigens nicht: es fehlten über 750 Listenstimmen. Verloren hat die

CVP offensichtlich an SVP und FDP, in Zug auch an die CSV und zudem an Nichtmehrwählende.

Am krassen ist der Einbruch in der Stadt Zug, wo sich die CVP-Wählerschaft seit 1986 mehr als halbiert hat. Dies ist insofern interessant, als hier die CVP unter der Führung von Leo Granzio seit längerem einen prononcierten Rechtskurs fährt, der in der "Taschenrechner-Allianz" mit der SVP bei den Stadtratswahlen gipfelte. Zwar ist diese Rechnung mit dem Gewinn eines zweiten Stadtratssitzes für die CVP aufgegangen. Hinter diesem Erfolg verstecken sich aber katastrophale Einbussen bei den Listenstimmen. Mit ihrem Rechtskurs kann die städtische CVP offenbar diejenigen Wählersegmente (sind wohl vor allem Männer...), welche sich nach rechts orientieren, nicht halten - die wählen lieber gleich das Original, und das ist halt die Blocher-SVP.

Ob das die CVP-Oberen auch so sehen, ist zu bezweifeln, das Heil wird hier im Majorz gesucht.

Majorz: Kahlschlag!

Womit wir bei der Abwahl von Baudirektor Twerenbold sind. Es

mutet schon seltsam an: noch vor vier Jahren hätten wir doch alle geb jubelt, wenn Milliarden-Tweri abgewählt worden wäre, und jetzt bricht grosse Staatstrauer aus. Die "Zuger Presse" weiss am Tag danach nichts Besseres, als den Abgesang auf den Proporz anzustimmen. Wenn die SVP fast 15% macht, dann hat sie halt Anrecht auf einen Regierungssitz, das ist Demokratie.

Majorz 98 im Regierungsrat, das hiesse Eder und Twerenbold statt Hutter und Flachsmann. Majorz 2002, das hiesse mit grosser Wahrscheinlichkeit sechs Bürgerliche und ein SP-Bürgerlicher (Hausheer).

Majorz in den Gemeinden 1998, das hiesse: rein bürgerlicher Stadtrat in Zug, rein bürgerliche Gemeinderäte in Menzingen, Oberägeri, Hünenberg und Risch. Es verblieben noch in Baar, Steinhausen und Unterägeri je ein SP-Mann und ein Freier Wähler in Neuheim. Die von langjährigen Bisherigen gehaltenen Sitze in Baar und Steinhausen gingen 2002 höchstwahrscheinlich verloren. Der Majorz muss verhindert werden ■

* WoZ Nr. 43, "Das Phantom in der Mitte" (S. 9 - 11)

Die Dolfi-Legende

"Wenn ihr Dolfi Müller hättet kandidieren lassen, wären die Resultate in den Zuger Stadtratswahlen ganz anders herausgekommen, die SGA ist mitschuldig am schlechten Abschneiden." Etwa so lautete sinngemäss der Tenor in der Presse und teilweise auch in privaten Gesprächen. Deshalb hier die Klarstellung aus der Sicht des Verhandlungsführenden seitens der SGA:

Die städtische SGA hat zu keinem Zeitpunkt eine Bedingung hinsicht-

lich der Personen, welche auf Seiten der SP für den Stadtrat kandidieren, gestellt.

Nachdem die SP den von ihr zuerst eingebrachten Vorschlag für eine Dreierliste (1 SP, 1 SGA-Frau, eine unabhängige KandidatIn aus dem linken oder linksliberalen Lager) desavouierte und auf einer 2er-SP-Kandidatur beharrte, einigten wir uns auf den Kompromiss 2 SP und 2 SGA/Parteilose, wobei wir noch die Bedingung stellten, dass

nur ein Mann auf dieser 4er-Liste stehen soll, weil endliche eine Frau zum Zuge kommen sollte. Wer der SP-Mann sein würde, war die freie Entscheidung der SP Stadt Zug - die SGA hat sich hier konsequenter Nichteinmischung befleißigt.

Der Schreibende hat die entscheidende Nominationsversammlung der SP miterlebt und steht zur Aussage, dass Dolfi Müller nominiert worden wäre, wenn er denn nur gewollt hätte. Er wollte nicht.

Die schwierige Bewährungsprobe nach dem grossen Jubel

Der EV Zug, der sich im letzten Frühling erstmals die Titelkrone aufsetzen konnte, müht sich in der laufenden Meisterschaft ab. Die Zuger befinden sich seit Beginn der Saison auf der Suche nach Konstanz und dem inneren Feuer, das für erfolgreiche Taten vonnöten ist.

MB/ Der EVZ ist die NLA-Mannschaft der neunziger Jahre. 1991 konnte der Absturz in die Nationalliga B knapp verhindert werden, seither ging es mit den Innerschweizern stetig bergauf. Die Punktzahl aus der Qualifikation konnte laufend gesteigert werden und 1995, 1997 und 1998 standen die Zuger jeweils im Play-off-Final. 1995 schnappte Kloten den Innerschweizern den Titel noch weg, 1997 war es der SC Bern. In diesem Jahr hingegen gewannen die Zuger den Meistertitel. Von diesem Glanz vergangener Tage und Feste ist nicht mehr viel übriggeblieben. Die Realität hat die Mannschaft von Sean Simpson eingeholt. In der Euroliga haben die Innerschweizer noch die Chance als erste Schweizer Mannschaft in die zweite Runde vorzustossen, doch in der Meisterschaft schwimmen ihnen die Felle langsam aber sicher davon.

Vom Verein zur AG

Vor 15 Jahren war das Budget des EV Zug noch überschaubar, mittlerweile hat es beinahe die 10-Millionen-Grenze erreicht. Aus dem kleinen Verein ist ein mittleres Unternehmen mit über 30 Angestellten geworden. Im Frühsommer, als die Aktiengesellschaft initiiert wurde, die in Zukunft den Profibetrieb organisieren wird, glaubte nicht nur EVZ-Präsident Fredy Egli, mit dessen Name die Erfolge der Innerschweizer eng verknüpft sind, dass die Plazierung der Publikumsaktien nicht allzu viele Mühen bereiten

würden. Doch es kam anders als erwartet. Die Zeichnungsfrist fiel inmitten eines veritablen sportlichen Loches des EV Zug, der fünf Spiele in Serie verlor. Klar, dass in dieser Situation viele nach einer Ablösung des Trainers riefen, aber die Vereinsführung blieb vorderhand ruhig und hofft auf bessere Tage.

Die Bestätigung eines Titels ist noch fast nie in Minne vonstatten gegangen. Erschwerend kommt beim EVZ hinzu, dass sich das Gesicht des Teams merklich gewandelt hat. Mit dem Wegzug von Bill McDougall (Kloten), Misko Antisin (HC Lugano) und anderen hat das Team nicht nur Spieler, sondern schlicht einen Teil des Aggressivitätspotentials verloren. Die Zuger waren in der Vergangenheit vor allem deshalb gefürchtet, weil sie sehr kanadisch spielten. Der Gegner, wie es im Fachjargon heisst, wurde regelrecht vom Eis weggearbeitet. Diese Fähigkeit ist den Innerschweizern in diesem Jahr fast gänzlich abhanden gekommen.

Es wäre unfair, die Zuger als Lämmer zu titulieren, aber die Bereitschaft für blaue Flecken, die die urkanadische Spielweise mit sich bringt, fehlt ihnen. Die neuen Spieler haben sicher Substanz, um einmal eine tragende Rolle zu spielen, aber die Abgänge konnten nicht gleichwertig ersetzt werden. Die Vereinsleitung hatte sich aber gezwungen gesehen, einen Verjüngungsprozess einzuleiten, was jedoch mit gewissen Risiken verbunden ist.

Schönreden der Situation

Auch bei der Ausländerwahl hatten die Innerschweizer wohl nicht die glücklichste Hand. Devin Edgerton, ein braver Kämpfer, wurde schon Mitte Dezember des letzten Jahres verpflichtet. Für McDougall wurde Kevin Todd geholt, der auf der Fantribune nicht zu den unbestrittenen Lieblingen gehört. Der Kanadier rangiert in der Top-Ten der Skorerliste, ist aber einfach kein Skorer sondern ein Passeur. Dies war bei der Verpflichtung bekannt. Dass er über die bessere Plus-Minus-Bilanz verfügt als der unbestrittene Wes Walz wird nachgerade aus den Spalten gedrängt.

So oder so werden die Zuger Mühe haben, den Titelgewinn zu bestätigen. Abgerechnet wird zwar erst Mitte Februar in den Play-offs, aber viele üben sich im EVZ-Umfeld im Schönreden der immer ungemütlicher werdenden Situation.

Zuschauer- und Einnahmenschwund

Der EV Zug hat als fast einziger NLA-Klub gegenüber der letzten Saison massiv an Zuschauern eingebüsst. Bis jetzt sind über 1000 Zuschauer weniger pro Spiel gekommen, als im Budget geplant war. Eine Schätzung von EVZ-Finanzchef Walter Giger geht dahin, dass im Augenblick schon fast 150'000 Franken in der Kasse fehlen. Und nichts deutet darauf hin, dass die Zahlen wieder in die Höhe schnellen. Die

Zuger spielen Eishockey, aber kaum einmal für die Galerie, einmal abgesehen vom Euroliga-Match gegen die VEU Feldkirch, der beste Werbung für die schnellste Mannschaftssportart der Welt machte. Ansonsten war viel Hausmannskost zu sehen und in solch geballten Ladungen wollen sich dies scheinbar immer weniger Leute ansehen.

Was den EV Zug aber auszeichnet, ist der Umstand, dass die Inner-schweizer neben dem SC Rapperswil-Jona der einzige Klub sind, der die Lizenz von der Nationalliga ohne Auflagen erhalten hat. Die Schuldenlast liegt bei bescheidenen 30'000 Franken, wobei zu bemerken ist, dass die Spieler bei der Gründung der Aktiengesellschaft wohl aktiviert wurden, doch so vorsichtig, dass stille Reserven übrigbleiben. Dies soll ein Polster für schlechte Zeiten sein, welches, so dräut bei einem weiteren Kriechgang in dieser Saison, bereits angebraucht werden muss. Sicher ist, dass die Zuger Vereinsführung, die praktisch identisch

mit derjenigen der EVZ Sport AG ist, vorsichtig geplant hat. Ein Bern oder Kloten, beides Traditionsvereine, wird es in Zug wohl nie geben. Der SC Bern hat sich in den vergangenen Jahren massiv verschuldet und beim Serienmeister Kloten sind Steuerausstände in Millionenhöhe ruckbar geworden.

Investition Nachwuchs

Zug hat in der Vergangenheit beachtliche Summen in den Nachwuchs investiert. In diesem Jahr fliessen 800'000 Franken in die Ausbildung. Der Nachwuchs gehört organisatorisch nicht zur EVZ Sport AG sondern ist im Verein verblieben, der weiterhin besteht. Bisher hatten die Zuger immer damit zu kämpfen, dass Eis nur in ungenügendem Umfang vorhanden war. Damit ist nun Schluss. Im kommenden Herbst soll endlich die neue Trainingshalle die Tore öffnen, die eine breitere Nachwuchsförderung wieder möglich machen soll. Zudem müssen die In-

nerschweizer auch in der höchsten Nachwuchsklasse, bei den Elite-Junioren, wieder A-klassig werden. In diesem Frühling sind die Elite-A-Junioren, die 1994 den Schweizer-Meister-Titel in dieser Klasse gewannen, abgestiegen. 13 Jahre gehörte ein Team des EVZ zu dieser Meisterschaft. Es kam die Erkenntnis auf, dass alleine mit Spielern aus der engeren Umgebung kein Staat zu machen ist. Nun sind auch Kräfte geholt worden, die andernorts ihre ersten Schritte auf den Schlittschuhen gemacht haben. Diese Politik soll auch in Zukunft weitergeführt werden. Es stellt sich einfach die Frage, wann wieder einmal ein EVZ-Youngster den Sprung in die NLA schafft.

Im Sport ist vieles möglich, und auf diese Wendung zum Guten hoffen wohl auch beim EV Zug viele. Noch ist die Lage nicht hoffnungslos, aber die Zeit drängt, sonst fahren die Boote, die in den Hafen des Meistertitels einfahren, ohne die Zuger ab. Ein Szenario, an das EVZ-Präsident Fredy Egli lieber nicht denkt. ■



Vom Glanz vergangener Tage und Feste ist diese Saison nicht mehr viel übriggeblieben.

Bild EVZ-Meisterschaftsbroschüre, 1998

Wende in der Asylpolitik?

Neben den Wahlen beschäftigte sich SGA-Regierungsrat Justiz- und Polizeidirektor Hanspeter Uster mit der Asylpolitik und der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität.

Von Hanspeter Uster

Ein erster Eindruck: Während Jahren haben Boulevard-Medien die Asylfrage angeheizt, allein schon mit der Wortwahl: Asylanten tönt halt ähnlich wie Querulanten, auf jeden Fall negativ. Schlimmes war deshalb zu befürchten, als Serbien im Kosovo Krieg zu führen begann. Aber auf einmal sprach selbst der 'Blick' von Flüchtlingen, und zwar in einem positiven Ton. Deshalb war - trotz stark gestiegener Asylbewerberzahlen - die Asylpolitik im Zuger Wahlkampf kein bestimmendes Thema. Dies auch wegen der klaren und deutlichen Haltung der Regierung auf eine Interpellation der SVP, die noch im Frühling den Behörden und insbesondere mir vorwarf, die Lage nicht im Griff zu haben. In der Interpellationsantwort vom 26. Mai 1998 hielten wir ausdrücklich fest, dass es nicht angehen kann, «dass mit einer kleinen Minderheit von Asylsuchenden, die sich nicht korrekt verhält, Stimmung gemacht und die Bevölkerung verunsichert wird.» Auf jeden Fall bringen die Weiterführung einer Politik des Respektes, Beschäftigungsprogramme und dezentrale Unterkünfte mehr als Polemik.

Ja zur privaten Aufnahme

Im Zusammenhang mit den Flüchtenden aus dem Kosovo haben Asylorganisationen gesamtschweizerisch angeregt, dass die Asylsuchenden entsprechend ihrer verwandtschaftlichen und bekanntschaftlichen Beziehungen in der Schweiz auf die Kantone zu verteilen

seien. Auf diese Weise können die Kantone entlastet werden, da sie wesentlich weniger Unterkünfte zur Verfügung stellen müssen; auch kann damit die erwähnte Dezentralisierung mit ihren positiven Auswirkungen besser erreicht werden. Die Sozialdirektorenkonferenz hat sich mehrheitlich positiv ausgesprochen, die Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz an ihrer Sitzung in Genf vom 6. November 1998 mit 31:9 Stimmen dagegen. Erfreulicherweise hat sich der Regierungsrat Ende November 1998 dafür ausgesprochen, dass Personen aus dem Kosovo primär bei Verwandten oder Bekannten untergebracht werden können und dies bei der Zuteilung ab Empfangsstelle grundsätzlich berücksichtigt wird. Am geltenden Verteilschlüssel ist allerdings festzuhalten. Bei Verwandten kann von diesem Schlüssel nur dann abgesehen werden, wenn sich die bereits hier ansässige Familie im voraus schriftlich verpflichtet, für den Lebensunterhalt ihrer Verwandten vollständig aufzukommen.

Der Entscheid des Bundes, ob er eine Privatunterbringung zulässt, steht bei Redaktionsschluss (7.12.98) noch aus.

Integration als wichtiges Thema

Ende September 1998 hat eine Arbeitsgruppe der SGA, auf Initiative von Madeleine Landolt und Gisela Hürlimann, ein Gespräch über Integration unter dem Titel «Multikultu-

relles Zugerland» veranstaltet. Der Abend war ausserordentlich gut besucht, und er gab allen Anwesenden eine ganze Reihe von fruchtbaren Einsichten und Möglichkeiten, mit einfachen Mitteln für eine bessere Integrationspolitik aktiv zu werden. Die Arbeitsgruppe - und hoffentlich auch die SGA - bleiben weiter am Ball, vielen Dank!

Eine Wende bei der Wirtschaftskriminalitätsbekämpfung

Vor noch nicht allzu langer Zeit galt im Kanton Zug als Nestbeschmutzer, wer auf die Wirtschaftskriminalität hinwies. Doch jetzt läuft ein Paradigmawechsel ab: Es ist eine immer kleiner werdende Minderheit von Wirtschaftsakteuren, die noch an der These festhält, schuld an der Wirtschaftskriminalität seien eigentlich diejenigen, die solche Fälle aufdecken. Eine wachsende Mehrheit, insbesondere auch im Handel- und Dienstleistungsverband (HDV), ist heute bereit anzuerkennen, dass es auch an der Wirtschaft selbst liegt, Wirtschaftskriminalität wirksam zu bekämpfen, und zwar im eigenen Interesse. Diese These traf bei zwei Referaten, die ich Ende Januar und anfangs September 1998 beim HDV gehalten habe, auf keinen Widerstand.

Auch der Staat ist gefordert

Selbstverständlich ist auch der Staat gefordert. Und hier tut sich einiges: Zusätzliche Stellen beim Ver-

hörant sind bewilligt, und bei der Kantonspolizei haben wir eine Umstrukturierung der Kriminalpolizei vorgenommen. Bereits ab Oktober 1994 bearbeiten die Polizeidienststellen in den Gemeinden und die Verkehrs- und Bereitschaftspolizei Fälle der Alltagskriminalität, damit sich die Kripo auf die grösseren Fälle konzentrieren kann. Mit zusätzlichen Massnahmen wollen wir die Schnittstellen zum Verhörant nochmals verbessern, um den Untersuchungsrichtern einen optimalen Service bieten zu können. Wichtig ist die Umstrukturierung aber auch für die Zusammenarbeit mit dem Bund: Seine Zentralstellendienste wollen klar definierte Ansprechpartner in den Kantonen. Auch dies können wir mit der Neuorganisation erfüllen. Schliesslich haben wir ab September 1998 zwei qualifizierte zivile Mitarbeiterinnen mit Know-how aus dem Wirtschafts- und Bankenbereich angestellt.

Worum geht es?

Besonders schwierig - und gefährlich - ist die Tatsache, dass sich die

Wirtschaftskriminalität nicht in einem eigenen Kreis abspielt, der von der legalen Wirtschaft abgekoppelt ist. Genau das Gegenteil ist der Fall: Wirtschaftskriminelles Verhalten spielt sich immer im normalen, legalen Kreislauf ab, verbindet und überschneidet sich mit einer ganzen Reihe von geschäftsüblichen, legalen Handlungen. Der Tatbestand der Geldwäscherei ist ein gutes Beispiel dafür: ausser der kriminellen Vortat - die Quelle des schmutzigen Geldes - ist das Verhalten des Geldwäschers völlig normal, und er bedient sich normaler Institutionen des Wirtschaftslebens: er legt das Geld - wie Sie und ich - bei einer Bank an, oder er investiert das Geld in ein Unternehmen: Bei beiden Vorgängen wäscht er schmutziges Geld.

Und genau hier liegt die Gefahr: die legale Wirtschaft wird unterwandert, der Konkurrent, der schmutziges Geld investiert, kann ein höheres Risiko eingehen, kann auf dem Markt günstiger anbieten, weil er - durch seinen illegalen Gewinn - nicht eine betriebswirtschaftliche Kalkulation machen muss. Lang-

sam und ohne dass es auffällt wird unsere Wirtschaft unterwandert, nicht echt verdientes, sondern illegal erworbenes Geld kommt in den Kreislauf, verzerrt so den Markt und knabbert an der Geschäftsethik.

Vorwärts in der Ausbildung

Das von mir geleitete gesamtschweizerische Vorprojekt für eine Fachhochschule Wirtschaftskriminalistik ist auf gutem Weg, absorbiert aber doch einige Kräfte. Neben anderen aufgegleisten Projekten in meiner Direktion (Stapo/Kapo, Motorfahrzeugsteuern) und der sehr guten Zusammenarbeit mit meinen engsten MitarbeiterInnen und den verschiedenen AmtsleiterInnen war die Fachhochschule Wirtschaftskriminalistik ein wichtiger Grund, dass für mich ein Wechsel in eine andere Direktion nicht in Frage kam.

Sehr viel Verwaltungsarbeit

Stark belastet sind die Mitglieder des Regierungsrates und die Direktionen mit Verwaltungsarbeit, mit dem 'daily business', das einen manchmal fast zu ersticken droht. Wenn ich daran denke, mit welchem Aufwand die Stiftungsaufsicht in Sachen 'Hirschmann' wahrgenommen werden muss - einmal abgesehen vom zusätzlichen Aufwand wegen einiger rühriger Interpellanten, die sich voll ins Zeug legen... -, fehlt oft die Zeit für etwas grundsätzlichere politische Diskussionen. Und von denen wird es - gerade in der neuen Zusammensetzung - eine ganze Reihe geben: die Steuergesetzrevision, mit der der fiskalische Sonderbund nicht zementiert werden darf, die Verkehrspolitik (der Stadttunnel und der neue Baudirektor lassen grüssen) sowie die Raumplanung sind Themen, für die wir uns unbedingt Zeit nehmen müssen ■



«Wirtschaftskriminalität ist nicht von der legalen Wirtschaft abgekoppelt.»

Bild Brigitte Weiss

Vom Regen in die Traufe - von Paul zu Jean-Paul. Die Frontal-Redaktion nimmt's gelassen und plant angesichts der bisherigen Ausritte von Jean-Paul Flachsmann in diverse politische Strassengräben einen Ausbau dieser Kolumne.

Schnäuzchen hat aber nicht nur Päuli, sondern auch den Grossschnauz geschlagen, das sorgte angesichts der dabei angewendeten Methoden hinter den Stumpen-Kullissen für böses Blut. Mit welchen Karriereaussichten das SVP-Einmann-Politbüro an der Gotthardstrasse 20 den Müller Uttinger schliesslich wieder weichmahlen konnte, bleibt Spekulation. Spätestens bei der Nomination für den Nationalrat nächstes Jahr wissen wir mehr.

Bei der Qualifizierung der Aemterzuteilung im Regierungsrat schälten sich in der Redaktion ganz verschiedene Sichtweisen heraus:

- die streng katholische, welche befand, dass jeder das erhält, was er verdient - exit Twerenbold, Flachsmann muss endlich richtig arbeiten und die Baudirektionler wissen weiterhin, wo Gott hockt;
 - die optimistische, welche nach der Uebernahme der Sanitätsdirektion durch Monika Hutter auf einen Anstieg der Arbeitslosigkeit im Bereich gesunde Chefbeamte hofft;
 - die stoische, welche angesichts der bisher schon schwachen Zuger Regierung befand, dass der Kanton auch das überleben wird.;
 - die hinterhältige, welche darauf zählt, dass Flachsmann beim Budeln seines Zimmerberg-Autotunnels den Ausgang nicht mehr finden wird.
- Dass eine der ersten geplanten Re-

formen von Flachsmann die Zusammenlegung von Hochbau und Tiefbau zu einer neuen Abteilung Flachbau ist, konnte noch nicht verifiziert werden.

Hingegen gesichert gilt die folgende Information: eine Twerenboldsche Befehlsausgabe zuhanden Parteifreund Bisig, der die Reduktion des Betriebsausfluges in Bisigs Volkswirtschaftsdirektion von einem Tag auf einen halben Tag verlangte - "weil die Baudirektion schliesslich auch nur einen halben Tag pro Jahr ausfliegt" - trug der Staatskanzlei die noble und eminent wichtige Aufgabe ein, sich in der kantonalen Verwaltung umfassend über die gängige Praxis in den einzelnen Verwaltungseinheiten diesbezüglich zu informieren. Geprüft wird nun die Ausgabe von Stoppuhren, damit ja alle gleich lang ausfliegen.

Ob er eine mechanische oder eine elektronische Stoppuhr bevorzugt, hat uns der oberste kantonalzuger Spitalplaner Ugo Nützi nicht verraten. Wahr ist aber, dass das hochkarätige Sanitätskader keinen eigenen PC im Büro hat und seine Papiere nach alter Väter Unsitte der Sekretärin diktiert. Wer sagt da, im Gesundheitswesen seien Kosteneinsparungen so furchtbar schwierig zu realisieren. Wir meinen: Die Sekretärin kann bleiben.

Kosten einsparen könnte auch die CVP: Freund Fusco präsidiert die Rechtskonservativen zwar dem Vernehmen nach weitgehend gratis,

aber die politischen Kosten waren bisher enorm. Sagte ein Linker kürzlich: "Ich predige es ja schon lange: Fusco ist das Beste, was uns passieren konnte. Und so jung, der kann noch 20 Jahre bleiben!" Wie hoch die politischen Kosten für Chnuschpis Harmonieanfall während des Wahlkampfes in den eigenen Reihen sind, wird zurzeit immer noch berechnet. Dass allerdings das SGA-Sekretariat einen neuen Taschenrechner anschaffen musste, weil der alte dafür nicht hoch genug rechnen konnte, ist ein bisher unbestätigtes Gerücht.

Mittendrin ins Herz trafen die Wahlergebnisse die vereinigte CVP-Führungsscrew. Fuscoss phantasievolle und auf umfassender politischer Analyse basierende Befehlsausgabe: "Es rettet uns nur noch der Majorz!" fand in der FDP ein Echo. Bevor er für immer im politischen Frigo versorgt wird, unternimmt FDP-Kantonsrat Markus Frigo noch einen letzten Vorstoss. Damit auch ja niemand sagen kann, die CVP sei eine schlechte Verliererin.

Schlechte Gewinnerin war die Stadtzuger CVP. Trotz des Zugewinns eines Stadtratsmandates mochten die christlichen Volksparteiler nicht so recht strahlen am Wahlsonntag: ob es wohl an Güglers dumpfer Vorahnung, die Bauabteilung übernehmen zu dürfen müssen oder am gewaltigen Einbruch bei der Stimmenzahl lag? Vielleicht war es auch nur die Vorfreude auf die reaktivierte CVP-Politliche U.B. Wyss, die nun im GGR von "janz weit rechts draussen" die geschrumpfte CVP-Fraktion in die Mitte bugsieren helfen wird... ■

Arbeit für Demokratie und Menschenrechte

Die schweizerische Finanzplatz-Politik bleibt ein "hartes Pflaster", auch wenn seit der Bankeninitiative, in deren Kontext die Aktion Finanzplatz Schweiz gegründet worden war, kritische Auseinandersetzungen möglich geworden sind

Von Gertrud Ochsner, Aktion Finanzplatz Schweiz



Der Fortschritt zeigt sich unter anderem im Bereich der Rechtshilfe: Nicht nur sind hier die rechtlichen Grundlagen nach wie vor mangelhaft, wenn es um eine ernsthafte Bekämpfung der Kapitalflucht in die Schweiz geht. Anhand konkreter Fälle wie etwa der Marcos- oder der Mobutu-Gelder auf Schweizer Banken wird deutlich, dass es allzuoft auch am politischen Willen fehlt, die bestehenden Gesetze durchzusetzen.

Aus diesem Grund setzt die Aktion Finanzplatz Schweiz auch nach zwanzig Jahren noch keinen Schlusspunkt unter ihre Arbeit. Im Gegenteil: Solange wir auf dem Anspruch beharren, dass die schweizerische Aussenpolitik und insbesondere die Finanzplatz-Politik demokratische Prinzipien ebenso wie die Menschenrechtskonventionen respektieren soll, solange wird kontinuierliches und beharrliches Engagement in Form von Öffentlich-

keits-, Kampagnen- und Lobbyarbeit nötig sein.

Eine aktuelle Gelegenheit hierzu bietet die

"Aktion Südliches Afrika: entschädigen - Apartheidschulden streichen!", eine internationale Kampagne, welche die Aktion Finanzplatz Schweiz im vergangenen Juni gemeinsam mit anderen Nichtregierungsorganisationen in der Schweiz, in Deutschland, Grossbritannien, den USA sowie in Südafrika lanciert hat. Dabei geht es darum, dass die Opfer der jahrzehnt-

gen in Südafrika und den umliegenden Ländern nach Abschaffung des totalitären Regimes nicht erneut benachteiligt werden sollen. Wegen fehlender Finanzen wird heute im Südlichen Afrika Millionen von Menschen das Recht auf elementare Gesundheitsversorgung und Schulbildung vorenthalten. Es ist ungerecht und absurd zu verlangen, dass sie für Schulden, die zu ihrer Unterdrückung aufgenommen worden sind, zahlen müssen. Personen und Institutionen, die von der Apartheid profitiert haben, sind für die heutige Lage im Südlichen Afrika mitverantwortlich. Die Schulden sollen deshalb gestrichen und die Opfer entschädigt werden. ■

Geburtstagsgrüsse

Übrigens: Die Aktion Finanzplatz Schweiz lebt trotz Hochkonjunktur bezüglich Arbeitsanfall in permanenter Geldknappheit. Mit einem Abonnement unserer Finanzplatz Informationen, mit Ihrer Mitgliedschaft, einer Jubiläumsspende und selbstverständlich auch mit Ihrem Engagement können Sie uns unterstützen. Wir freuen uns auf jegliche "Geburtstags"-Grüsse!

Aktion Finanzplatz Schweiz;
Drahtzugstrasse 28; 4057 Basel;
061 6931700; afp@datacomm.ch;
pc 80-38012-4

veranstaltungen

Januar

MI 6. **Amnesty International Gruppe Zug: Monatssitzung**
20h, Stadt- und Kantonsbibliothek (3. Stock)

DO 28. **Monats-Bar (früher Donschtigs-Bar) der SGA mit einfachem Nachtessen**
18.30-23.30h, im ZALT, am Bundesplatz in Zug

Februar

MI 3. **Amnesty International Gruppe Zug: Monatssitzung**
20h, Stadt- und Kantonsbibliothek (3. Stock)

DO 25. **Monats-Bar der SGA mit einfachem Nachtessen**
18.30-23.30h, im ZALT, am Bundesplatz in Zug

SA 27. **Swiss Sound Mobility Marathon: Denk- und Diskutiermarathon über die Halbierung des Autoverkehrs.**
9-17h, Volkshaus Zürich. Startgeld: Fr. 30.-/20.- inkl. Getränke.

März

MI 3. **Amnesty International Gruppe Zug: Monatssitzung**
20h, Stadt- und Kantonsbibliothek (3. Stock)

DO 25. **Monats-Bar der SGA mit einfachem Nachtessen oder kleinem Imbiss**
18.30-23.30h, im ZALT, am Bundesplatz in Zug

April

FR 16. **SGA-Kanton Zug: Jahresversammlung**

DO 29. **Monats-Bar der SGA mit einfachem Nachtessen oder kleinem Imbiss**

AZB 6304 Zug
Adressänderungen und Retouren an SGA, Postfach 4805, 6304 Zug

Swiss Sound Mobility Festival

Ein Benefiz-Festival zur Zukunft der Fortbewegung mit Wortbeiträgen und kulturellen Events vom Feinsten.

SA 23.1.14-18h Prof. Hartmut Grassl, Klimaforscher: Nachhaltigkeit - frommer Wunsch oder was?
VCS ZH & umverkehr: Das frechste Ding. Video und Multimedia zur umverkehr-Initiative.

Mike van Audenhove zeichnet live Karikaturen.

Albert Schmidt, Bündnis 90/Grüne & Prof. Helmut Knoflacher, Verkehrsexperte: Wege aus der Europäischen Verkehrsmisere.
Unkostenbeitrag Fr. 10.-

20-23:30h Gardi Hutter und Ueli Bichsel. Kostproben aus dem neuen Programm.

Michaela Maria Drux. Gnadlose Zeitsatire.

Roland Van Straaten. Blues Harp solo.

Swiss National Steel Orchestra. Monumentaler Sound.

23:30-4h Disco special DJ Brunello. Best of 60ties - 90ties.
ganzer Abend: Fr. 35.-/25.-. Nur Disco: Fr. 15.-

SO 24.1.11h "Crash Mobility". Multimedia Performance der Company of Performing Ars (ZH). Panel mit Ursula Koch (Präs. SP), Prof. Jost Krippendorf (Tourismusexperte), Pia Hollenstein (NR), Beat Ringger (Präs. umverkehr), Prof. Hartmut Grassl (Klimaexperte), Albert Schmidt (Bündnis 90/Grüne): "Bringt Rot-Grün Europas Verkehr auf nachhaltigen Kurs? Und wenn nicht die, wer sonst?"
Unkostenbeitrag Fr. 10.-

15h Matthias Arter (Oboe/Englischhorn), Gabriel Bürgin (Piano). Zwischen Romantik und Moderne.

16h Four in One: Peter Landis, Urs Voerke, Herbert Kramis und Irène Schweizer spielen Thelonius Monk und Eigenes.

17h Schweizer Schlagzeug Ensemble. Percussive Melodien und ein rhythmischer Genuss auch fürs Auge.

Alle Konzerte am Sonntag: Fr. 30.-/20.- Einzelkonzert je Fr. 15.-

Festivalpass "Normalo": Fr. 50.- / 60.- Freier Eintritt überall plus umverkehr-TShirt.

Festivalpass "Soutien": Fr. 100.- Reservierte beste Plätze plus umverkehr-TShirt.

Bestelltelefon: 01/ 242 72 76, Bestellfax: 01/ 242 72 40.